

MDL-NEWSLETTER

9/2021

BERND KRÜCKEL MDL
Heinsberg, Geilenkirchen,
Übach-Palenberg, Gangelt,
Selkant, Waldfeucht

THOMAS SCHNELLE MDL
Erkelenz, Hückelhoven,
Wassenberg und Wegberg

Neuer Regierungschef in NRW



Thomas Schnelle und Bernd Krückel mit dem
neugewählten Ministerpräsidenten Hendrik Wüst

UMSIEDLUNG

So viel wie möglich erhalten

Der neugewählte Ministerpräsident Hendrik Wüst skizzierte in seiner Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen die Grundzüge seiner Politik für das Land. Er nannte den Klimaschutz als größte Aufgabe unserer Zeit und erklärte, dass die Möglichkeit bestehe, mehr Flächen im rheinischen Braunkohlerevier zu erhalten als bisher geplant.

„Wirklich das Klima zu schützen, das geht nur, wenn wir der Welt zeigen, wie man zugleich Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit bewahrt“, so Wüst, bevor er detailliert den Status Quo für den rheinischen Tagebau nachzeichnete. Durch die steigende Unwirtschaftlichkeit der Kohleverstromung sei schon heute absehbar, dass die erforderliche Braunkohlemenge weiter abnehmen wird.

Die Landesregierung werde daher zeitnah eine „Energieversorgungsstrategie 2.0“ vorlegen, die den Zielen des Klimaschutzes gerecht werden soll. Dies bedeute, so viele Flächen wie möglich zu erhalten und die Dörfer des dritten Umsiedlungsabschnitts nicht in Anspruch zu nehmen, solange dies versorgungssicher möglich sei. Er verlangte daher schnellstmögliche Klarheit über die weitere Kohlepolitik auf Bundesebene. NRW sei bereit, bis 2030 aus der Kohle auszusteigen und es sei sein Ziel, so Wüst, möglichst viele Flächen und Dörfer zu erhalten.

„Ich bin Hendrik Wüst dankbar, dass er für NRW als erstes der Braunkohlenländer erklärt hat, dass man zu einem Ausstieg bis 2030 bereit sei,“ so Thomas Schnelle. „Es muss schnellstmöglich Klarheit herrschen für die Menschen im noch vom Braunkohlen-

abbau bedrohten Gebiet. Klarheit, dass die Flächen von Keyenberg, Kuckum, Unter- und Oberwestrich sowie Berverath nicht mehr in Anspruch genommen werden. Und wenn dies Gewissheit ist, braucht die Region weitere Unterstützung von Bund und Land, um Neuplanungen, Rekultivierungen und beste Lebensbedingungen in der Region umsetzen zu können.“

„Die CDU im Kreis Heinsberg war immer gegen den Tagebau Garzweiler II. Der Erhalt der Dörfer ist für uns keine neue Forderung. Wir unterstützen die Pläne des Ministerpräsidenten und hoffen auf baldige Signale der neuen Bundesregierung, damit wir weiter planen können: zu einem Einhalten der Klimaziele, zu einem möglichen Kohleausstieg 2030, und vor allem zu einem Erhalt möglichst vieler Dörfer am Tagebaurand Garzweiler“, so Bernd Krüchel. ■



Bernd Krüchel MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 64
F: 0211 884 33 19

E: bernd.krueckel@landtag.nrw.de
W: bernd-krueckel.nrw



Thomas Schnelle MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 80
F: 0211 884 33 20

E: thomas.schnelle@landtag.nrw.de
W: thomas-schnelle.nrw

Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der neunten Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf www.thomas-schnelle.nrw unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemalt.

DAS RICHTIGE FÜR NRW

Kommentar zur Regierungserklärung

Eine Woche nach seiner Wahl hat Nordrhein-Westfalens neuer Ministerpräsident Hendrik Wüst seine erste Regierungserklärung abgegeben und im Plenum die wichtigsten Themen der NRW-Koalition vorgestellt.

„Ministerpräsident Hendrik Wüst hat seine Strategie und Vision vorgestellt, wie der 2017 begonnene Aufbruch für Nordrhein-Westfalen durch die NRW-Koalition erfolgreich fortgesetzt und beschleunigt wird. Diese Regierung und die NRW-Koalition verbinden Gestaltungswillen und Gestaltungskraft mit Geschwindigkeit und Kontinuität. Neues wagen mit dem Mut zur Veränderung und zu mehr Geschwindigkeit; Kontinuität, wo wir Erfolge erreicht haben. Nordrhein-Westfalen bleibt

Industrie- und Energieland, Wirtschaftsland, Innovations-, Kreativ- und Hochschulland - untrennbar verbunden mit der sozialen Marktwirtschaft und dem Anspruch, das soziale Gewissen Deutschlands zu sein“, bewertet Thomas Schnelle die Regierungserklärung.

Bernd Krüchel kommentiert dazu: „Aus Nordrhein-Westfalen kommen schon heute Antworten, die die Welt benötigt und hoffentlich zum Besseren verändern. Innovation muss man aber möglich machen, man kann sie nicht staatlich verordnen. Damit unterscheiden sich die in diesem Landtag vertretenen Fraktionen schon gewaltig. Wo immer man beispielsweise bei der SPD hinschaut - von Bildungsfinanzierung bis Wohnungsbau - heißt die rote Linie: mehr Staat,

mehr Staat, mehr Staat. Schwarzmalen, rüpelhafte Wahlkampfreden im Plenum und der reflexartige Ruf nach dem starken Staat nützen diesem Land aber nichts.

Diese Koalition hingegen traut den Menschen zu, von ihrer Freiheit verantwortlich Gebrauch zu machen. Wir räumen Hindernisse aus dem Weg, damit aus Potenzialen Chancen entstehen und aus Chancen Perspektive. Wir entwickeln und verfolgen unsere Ziele aus Grundüberzeugungen heraus und klopfen nicht die öffentliche Meinung ab, um dann das Populäre zu tun. Wir haben an uns selbst den Anspruch, mit und durch Entscheidungen das Richtige zu tun und es populär zu machen.“■



Ministerpräsident Hendrik Wüst. Foto: Anja Tiwisina

Das Impfen geht voran

Im Kreis Heinsberg haben 170.550 Personen ihre Erstimpfung erhalten, 171.091 die Folgeimpfung und bereits 8.278 eine Auffrischungsimpfung. (Stand: 8.11.2021 Quelle: coronaimpfung.nrw)

*Aktuelle Informationen zur Corona-Lage in NRW: www.land.nrw/corona
Aktuelle Impffzahlen: coronaimpfung.nrw*

BUNTE BIOENERGIE FÖRDERN

Energiegewinnung aus Wildpflanzen

Der Landtag hat einen Antrag der NRW-Koalition von CDU und FDP unter dem Titel „Energie aus Wildpflanzen – Potentiale zur Erhöhung der Biodiversität fördern“ beschlossen. Dazu erklärt unsere Abgeordnete Dr. Patricia Peill:

„Die Energiegewinnung aus natürlichen Rohstoffen voranzubringen, ist uns als NRW-Koalition mit unseren ehrgeizigen Klimazielen wichtig. Einen wichtigen Beitrag leisten beim Ausbau Erneuerbarer Energien Biogasanlagen. In der Regel gewinnen sie Strom, Wärme oder Gas aus ertragreichen Energiepflanzen wie Mais. Der Beitrag

zur Bioenergie ist unschlagbar. Aber Bienen haben vom windbestäubten Mais nichts. Wir wollen als Landespolitik Arten- und Insektenvielfalt fördern und die Fruchtfolge auflockern.

Maisfelder machen schon jetzt etwa zehn Prozent der Ackerfläche in Nordrhein-Westfalen aus. Wie viel schöner wäre es, wenn es auf einem Teil dieser Felder blühen würde? Forschungsprojekte auch in unserem eigenen Bundesland zeigen, dass mehrjährige Wildstaudenmischungen ebenfalls als Energieträger taugen. Wir glauben, dass diese blühenden Wildpflanzen der neue Joker der Bio-

energieerzeugung sein können, weil sie für Klima und Biodiversität gleichermaßen gut sind – ein klassisches Win-win. Aber diese Pflanzen sind im Hinblick auf die Energieausbeute nicht ganz so ertragreich wie Mais. Wenn wir also wollen, dass Landwirte auf Wildstauden umstellen, müssen wir die Ertragsenbußen ausgleichen.

Deshalb wollen wir Landwirtinnen und Landwirte durch eine Prämie dazu ermuntern, auf Wildblumen zur nachhaltigen Energiegewinnung umzustellen. Damit helfen wir dem Klima, den Insekten und tragen zu einer lebenswerten Landschaft bei.“ ■

Ein Durchbruch für die Sicherheit

In den fünf größten Polizeibehörden Nordrhein-Westfalens werden Distanzelektroimpulsgeräte – umgangssprachlich auch Taser genannt – künftig zur Grundausstattung gehören. Das hat Innenminister Herbert Reul im Innenausschuss des Landtages berichtet.

„Dass die Polizei in Dortmund, Düsseldorf, Köln, Essen und Duisburg künftig mit dem Taser auf Streife gehen darf, ist ein absoluter Durchbruch. Der Pilotversuch seit Anfang des Jahres hat klar gezeigt, dass die Elektroschocker deeskalierend wirken und so vor allem unsere Polizistinnen und

Polizisten schützen. In den allermeisten Fällen genügte die Androhung, den Taser einzusetzen, um eine riskante Situation zu entschärfen. Es ist deshalb richtig, nun zeitnah vor allem die NRW-Großstädte mit Brennpunkten wie der Düsseldorfer Altstadt bei der Ausrüstung mit dem neuen Einsatzmittel in den Blick zu nehmen, weil es dort besonders häufig Übergriffe auf staatliche Sicherheitskräfte gibt.

Diesen Menschen, die für unseren Schutz auf der Straße sind, schulden wir die größtmögliche Unterstützung. Die vier Millionen Euro

für 620 Distanzelektroimpulsgeräte sind die richtige Investition in den Schutz unserer Polizistinnen und Polizisten. Das zeigt auch das große Lob der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Wir haben im Koalitionsvertrag mit der FDP das Ziel der Taser-Erprobung festgeschrieben, mit dem Polizeigesetz die rechtliche Grundlage gelegt, wir haben getestet, evaluiert und setzen jetzt um – das ist verantwortungsvolle und effektive Sicherheitspolitik: handeln statt reden. Wir brauchen die flächendeckende Einführung dieses hochwirksamen Einsatzmittels in Nordrhein-Westfalen!“ ■

FAHRRADGESETZ

Mehr und sicherer Radverkehr

Im Landtag Nordrhein-Westfalen wurde das Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz der NRW-Koalition von CDU und FDP beschlossen. Dazu erklärt der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Klaus Vossemer:

„Wir wollen mehr koordinierten und sicheren Radverkehr in Nordrhein-Westfalen. Das war der Ausgangspunkt für die NRW-Koalition, das erste Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz in einem bundesdeutschen Flächenland anzugehen. Ich freue mich, dass wir genau die-

ses Ziel heute im Landtag in Gesetzesform beschlossen haben und damit die Weichen für einen größeren Radverkehrsanteil in NRW gelegt haben. Die NRW-Koalition hat dabei sehr viele Forderungen der im Jahr 2016 zu Zeiten der rot-grünen Vorgängerregierung gegründeten Volksinitiative Aufbruch Fahrrad übernommen. Jetzt wird das Fahrrad in unserem Land gleichwertiges Verkehrsmittel und was uns besonders wichtig war: Mit diesem Gesetz sorgen wir für mehr Sicherheit für alle, die mit dem Fahrrad unterwegs sind,

zum Beispiel mit dem Abbiegeassistenten für landeseigene Fahrzeuge.

Das Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz betont den Netzgedanken und den Ausbau sowie die Verbesserung der Radinfrastruktur – vom Bürgerradweg bis zum Rad-schnellweg. Darüber hinaus zielt es auch darauf ab, den Fußverkehr und andere Formen der Nahmobilität zu fördern. Mit diesem neuen Gesetz stärken wir das Fahrrad im Mobilitätsmix und gehen neue Wege in der Nahmobilität.“ ■

Reform des Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Mit Inkrafttreten der Reform des Flüchtlingsaufnahmegesetzes wird rückwirkend zum 1. Januar 2021 eine differenzierte monatliche FlüAG-Pauschale eingeführt. Statt der bislang für alle Kommunen einheitlichen Pauschale von 866 Euro monatlich pro Person erhalten kreisangehörige Gemeinden 875 Euro pro Monat pro Person und kreisfreie Städte 1.125 Euro pro Monat pro Person. Auf ein Jahr gerechnet ergibt sich für kreisangehörige Gemeinden eine Pauschale von 10.500 Euro und für kreisfreie Städte in Höhe von 13.500 Euro. Damit wird die Empfehlung aus dem Gutachten von Professor Dr. Thomas Lenk von der Universität Leipzig zu den ermittelten flücht-

lingsbedingten Aufwendungen der Kommunen umgesetzt. Daneben erhalten die Kommunen für jede Person, die nach dem 31. Dezember 2020 vollziehbar ausreisepflichtig geworden ist oder wird, eine einmalige Pauschale in Höhe von 12.000 Euro. Zum Vergleich: Nach derzeitiger Rechtslage erhalten die Kommunen für vollziehbar ausreisepflichtige Personen maximal drei Monatspauschalen zu 866 Euro, das sind 2.598 Euro. Das Land beteiligt sich mit Ausgleichszahlungen an den Ausgaben der Kommunen für die Personen, denen bis zum Stichtag 31. Dezember 2020 eine Duldung erteilt worden ist. Hierfür sind in den Jahren 2021 und 2022 jeweils 175 Millionen Euro und in den Jahren

2023 und 2024 jeweils 100 Millionen Euro vorgesehen.

Flüchtlingsminister Stamp: „Ein wichtiges und herausforderndes Ziel in der Migrationspolitik ist, die Zahl der Bestandsgeduldeten zu senken. Ein wesentlicher Baustein dabei ist, gut integrierten Geduldeten ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu ermöglichen. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen durch eine verbindlichere Integrationspolitik die Anzahl der Geduldeten reduzieren - dazu gehört neben einem effizienten Rückkehrmanagement, die Verbesserung von Bleiberechten, um gut integrierten Geduldeten ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu ermöglichen.“ ■

SPD SCHÜRT ÄNGSTE

beim Thema Wohnen

Der Landtag hat über bezahlbaren Wohnraum und Maßnahmen für einfacheres Bauen debattiert. Dazu wurde ein Entschließungsantrag von CDU und FDP beschlossen, der die erfolgreichen Maßnahmen der NRW-Koalition bilanziert. Unser Sprecher für Bauen und Wohnen, Fabian Schruppf sagt dazu:

„Nach Jahren der Untätigkeit in damaliger Verantwortung hat die SPD das Thema Wohnen als Wahlkampfthema für sich entdeckt. Statt mit Fakten zu argumentieren, schürt sie mit billigen Mitteln Ängste in der Bevölkerung. In einer Social-Media-Kampagne heißt es aktuell: ‚In Nordrhein-Westfalen greift eine Angst um sich. Die Angst, sich die Miete nicht mehr leisten zu können.‘

Mit ihrer Kampagne, in die sich auch der heute im Plenum debattierte Antrag einreichte und der im Wesentlichen altbekannten Forderungen beinhaltet, schürt die Opposition Ängste der Bürgerinnen und Bürger. Die tatsächliche Lage im Land stellt sich dabei völlig anders dar als die Schwarzmalerei der abgewählten Vorgängerregierung.

Sofort nach dem Regierungswechsel 2017 haben wir Maßnahmen ergriffen für mehr Wohnraum in allen Segmenten des Marktes. So haben wir ein Klima für Neubau geschaffen. Dafür haben wir das Baurecht modernisiert und entbürokratisiert und so Investitionsanreize gesetzt. Wir haben die Landesbauordnung neu gefasst, den Landesentwicklungsplan zu-

kunfts fest gestaltet und die öffentliche Wohnraumförderung mit einem Rekordvolumen von 1,1 Milliarden Euro jährlich und zeitgemäßen Förderkonditionen aufgestellt.

Wir haben das Wohngeld erhöht und eine neue Mieterschutz-Verordnung verabschiedet. Diese schützt Mieter da, wo es notwendig ist, und baut gleichzeitig unnötige staatliche Regulierung ab, wo sie Investitionen hemmt. Allein im Jahr 2020 sind über eine Milliarde Euro Fördermittel für über 8.600 Wohnungen bewilligt worden, aktuell sind fast 170.000 neue Wohnungen in NRW im Bau oder genehmigt.

Es ist gelungen, den Trend wegbrechender öffentlich geförderter Wohnungen zu stoppen und den Bestand bei rund 450.000 zu stabilisieren. 2019 und 2020 waren Rekordjahre in Bezug auf die Anzahl von erteilten Baugenehmigungen, neugebaute Wohnungen und Gesamtwohnungen in NRW. Außerdem werden wir die Eigentumbildung gerade für Familien weiter erleichtern.“ ■



Foto:
Christiane Lang